Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 75 (2000)

Heft: 12

Artikel: Wer sind die besseren SchweizerInnen?

Autor: Thanei, Anita / Dettling, Toni

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-106940

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wer sind die besseren SchweizerInnen?

Wer Wohneigentum hat, fühlt sich der Scholle verbunden und trägt dem Land Sorge. Wer mietet, zahlt ehrlicher Steuern. So lauten zwei Klischees. Liegt das Optimum in der Mitte, beim genossenschaftlichen Eigentum? Sind Wohnbaugenossenschaften vielleicht Schulen der Demokratie, wo Beteiligung und Verantwortung fürs Gemeinsame gelernt und gelebt werden? Sicher ist: Hauseigentümer wie auch Mieterinnen haben gute Argumente.

Von Nationalrätin Anita Thanei, Vizepräsidentin des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes Deutschschweiz

Dichtung und Wahrheit

Selbstverständlich sind HauseigentümerInnen die besseren StaatsbürgerInnen! Sie bezahlen mehr Steuern als MieterInnen, beteiligen sich aktiver am Staatsleben, nehmen ihre Bürgerpflichten ernster und sind schollenverbundener. Eine ganze Reihe von Vorurteilen und Halbwahrheiten? Schaut man diese oberflächlichen Aussagen näher an, entpuppen sie sich einerseits als falsch und andererseits wird klar, dass das Bild von einem «guten Staatsbürger» nicht über jeden Zweifel erhaben ist und einer Korrektur bedarf.

Es wird sich dabei zeigen, dass HauseigentümerInnen nicht die besseren BürgerInnen sind, sondern einfach die privilegierteren! Weshalb?

Abstimmungen und Wahlen

Allgemein ist bekannt, dass die Wahl- und Stimmbeteiligung in unserem Land relativ niedrig ist.

Zudem sind nur rund 64% der Wohnbevölkerung überhaupt stimmberechtigt. Jugendliche unter 18 Jahren gehören ebenso wenig dazu wie AusländerInnen. Es liegt auf der Hand, dass diese beiden Bevölkerungsgruppen grossmehrheitlich aus MieterInnen bestehen. Kommt dazu, dass die HauseigentümerInnen in ihrem politischen Denken eher zu den BewahrerInnen zu zählen sind. Sie sind EigentümerInnen von Grund und Boden und haben mehr zu verlieren als MieterInnen, auch wenn die Gefahr in der Schweiz nicht besteht, dass der Souverän am Recht auf Eigentum an Grund und Boden rütteln könnte.

Die Möglichkeit und Bereitschaft, wählen und abstimmen zu gehen, ist demzufolge auf Mieterseite gewiss geringer. Deswegen sind die MieterInnen jedoch nicht die schlechteren StaatsbürgerInnen.

Die leidigen Steuern

Ein guter Staatsbürger ist auch der ehrliche und pünktliche Steuerzahler. HauseigentümerInnen haben im Allgemeinen mehr Vermögen und einen höheren Verdienst als

Von Ständerat Toni Dettling, Präsident des Hauseigentümerverbandes Schweiz

Keine Polemik

Die Frage ist so falsch gestellt! Es geht nicht darum, Wohneigentümer und Nichteigentümer hinsichtlich ihrer Haltung zu Staat und Demokratie gegeneinander auszuspielen. Ich möchte daher nicht in die vielfach übliche Polemik einstimmen, welche sich zuweilen an dieser provokativen Titelfrage entzündet. Dies umso weniger, als es meines Wissens keine fundierten Untersuchungen zu dieser Frage gibt. Vielmehr geht es mir darum, einige Vorzüge des Eigentümerstatus hervorzuheben.

Drei Viertel möchten ein Eigenheim

Eine vor wenigen Jahren durchgeführte Rekrutenbefragung hat ergeben, dass nicht weniger als drei Viertel der jungen Menschen das Wohnen in den eigenen vier Wänden als eine erstrangige Zielsetzung ihres späteren Lebens betrachten. Hinter diesem Wunsch nach einem Eigenheim steht in erster Linie der Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit. Denn das private Eigentum ist eine zentrale Voraussetzung für das Leben des Menschen in Freiheit, ja es bildet die unerlässliche Vorbedingung zur freien Entfaltung der Persönlichkeit. Vor allem das private Eigentum an Haus, Wohnung und Boden schafft eine staatsfreie Sphäre, in welcher der Einzelne und namentlich auch die Familie das Zusammenleben weitgehend ohne äussere Einmischung frei gestalten können. Privates Wohneigentum bildet einen wirksamen Damm gegen zunehmende Staatseingriffe.

Privateigentum als Motor der Wirtschaft

Ohne Privateigentum läuft die Wirtschaft nicht. Es gehört zum menschlichen Wesen, dass sein Einsatz dann am grössten ist, wenn er die Früchte seiner Anstrengungen als sein Eigen nennen kann. Daraus resultiert das wirtschaftliche Fortkommen des Einzelnen, in der Summe aber auch die wirtschaftliche Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Breit gestreutes Eigentum ist der Garant für wirtschaftlichen Fortschritt wie auch für wirtschaftliche Stabilität

MieterInnen. Sind sie deshalb bessere StaatsbürgerInnen? Das ist doch wohl etwas zu wenig weit gedacht. Angestellte, ArbeiterInnen, generell LohnempfängerInnen sind unter den MieterInnen häufiger vertreten als unter den HauseigentümerInnen. Als LohnempfängerInnen sind sie sich gewohnt, jeden Rappen, den sie sauer verdient haben, zu versteuern. Unsere ungerechte, wenig soziale Steuergesetzgebung lässt ihnen wenig Möglichkeiten offen, etwas am Fiskus vorbeizubugsieren. Ganz anders sieht es bei den HauseigentümerInnen aus. Ihnen bietet das Gesetz viele legale Schlupflöcher, um ihre steuerliche Belastung zu reduzieren. Sie müssen wohl einen zu tiefen Eigenmietwert versteuern, können dagegen sämtliche Hypothekarzinsen und Unterhaltskosten abziehen. Bei mehr als der Hälfte resultiert dabei ein Negativsaldo. Spielt ein Hauseigentümer also virtuos auf dem Klavier unseres ungerechten Steuersystems, wird er schliesslich weniger Steuern bezahlen als eine gleichviel verdienende Mieterin. Auch wenn das Steueraufkommen im Einzelfall geringer sein mag, sind die MieterInnen somit die besseren SteuerzahlerInnen und folgerichtig die besseren StaatsbürgerInnen!

Wenig Engagement beim Wohnen

«My home is my castle». Danach leben die HauseigentümerInnen. Sie bauen um, renovieren, pflegen und hegen ihre Gärten, kaufen sich einen bissigen Hund, eine niedliche Katze und einen Goldfisch für den Teich im Garten; sie müssen niemanden fragen. Sie dürfen neben ihrem Häuschen am Fahnenmast die Schweizer Fahne fröhlich im Wind flattern lassen, um allen zu zeigen: Hier wohnt ein guter Schweizer. Will die Mieterin ihrerseits ihre staatsbürgerliche Gesinnung demonstrieren, indem sie ihre Wände mit Schweizerkreuzen bemalt, ist ihr ein Krach mit dem Vermieter gewiss. Bepflanzt sie ihren Balkon mit allzu viel Grünem und Buntem, schreitet der Vermieter auch ein. Ob sie ein treues Haustier halten darf, soll sie gefälligst zuerst den Vermieter fragen. Sind nun deshalb Eigenheimbesitzer, welche sich mit Hingabe der Pflege ihres Umfeldes widmen, die besseren Staatsbürger? Wohl kaum!

Vision einer gerechteren Welt

Unser Staatswesen privilegiert die EigentümerInnen. Die MieterInnen werden stiefmütterlich behandelt.

In Tat und Wahrheit ist jedoch der durchschnittliche Mieter keineswegs der schlechtere Staatsbürger, erst recht nicht, wenn es ihm in den Sinn kommen sollte, nach Veränderungen und Verbesserungen seiner Situation zu verlangen. Nämlich: Stimmrecht für AusländerInnen, Mitbestimmungsrecht für MieterInnen bei der Gestaltung der Wohnung, verbesserter Kündigungs- und Preisschutz und steuerliche Gleichbehandlung von MieterInnen und HauseigentümerInnen.

für alle. Privates Grundeigentum vermittelt aber auch Sicherheit und finanzielle Unabhängigkeit und deckt ein wichtiges Vorsorgebedürfnis ab. Gerade das Wohnen in den eigenen vier Wänden bietet einen idealen Schutz gegenüber den Wechselfällen des Lebens. Wohneigentum bedeutet finanzielle Reserve, Vorsorge für das Alter und überdies einen bleibenden Wert für die kommende Generation.

Fundament von Staat und Demokratie

Die Erfahrung lehrt, dass es nur dort, wo das Privateigentum respektiert und gefördert wird, freiheitliche Staats- und Gesellschaftsformen gibt. Denn mit der Abschaffung des Privateigentums geht die Freiheit des Menschen verloren. Durch wachsende Eigentumskonzentration beim Staat wird dieser immer mächtiger und der Einzelne immer ohnmächtiger. Die gescheiterte kollektivistische Ideologie hat diesen Lehrsatz auf drastische Weise vorgeführt.

Privates Eigentum verstärkt aber unzweifelhaft auch die Bindung des Einzelnen an sein Land und an seinen Wohnort und fördert die aktive Teilnahme am politischen Leben. Denn wer nichts besitzt, kann auch nichts verlieren. Dies gilt ganz besonders auch für den Wohneigentümer, welcher standortgebunden ist und damit zwangsläufig ein hohes Interesse am politischen Geschehen hat. Nicht zuletzt auch in Würdigung dieser Aspekte hat der ehemalige sozialdemokratische Bau- und Wohnminister Müntefering am Bundestag des deutschen Haus- und Grundeigentümerverbandes 1999 in Dresden einer breiten Streuung des Wohneigentums mit allem Nachdruck das Wort geredet.

Förderung des Privateigentums als staatliche Aufgabe

Demokratische Staaten haben daher ein legitimes Interesse, das Privateigentum und namentlich das private Wohneigentum zu schützen und zu fördern. Denn gerade der Wohneigentümer ist besonders eng mit dem Staat und seinen demokratischen Einrichtungen verbunden. Schutz und Förderung sind aber eng verbunden mit einer hohen Eigenverantwortung des Wohneigentümers. [eXtra]